Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/7696

22. 08. 90

Sachgebiet 751

Beschlußempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuß)

zum Antrag der Abgeordneten Dr. Scheer, Bahr, Fuchs (Verl), Horn, Gansel, Jungmann (Wittmoldt), Dr. Soell, Stobbe, Verheugen, Voigt (Frankfurt), Dr. Ehmke (Bonn), Büchner (Speyer), Dr. Hauchler, Kretkowski, Weiler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksache 11/5032 —

Einstellung aller Atomwaffenversuche

A. Problem

Atomwaffentests als Teil des weitergehenden Wettrüstens bedeuten Fortsetzung des qualifizierten Rüstungswettlaufs, der Modernisierung und Verfeinerung von Atomwaffen, auch wenn Abrüstungs- und Rüstungskontrollverhandlungen quantitative Begrenzungen und Reduzierungen vereinbaren würden.

B. Lösung

Die Einwirkung auf sowjetisch-amerikanische Verhandlungen, die Beteiligung Großbritanniens als einer der drei Signatarstaaten des Atomteststoppvertrages und das Bemühen, auch Frankreich und China an den Teststoppverhandlungen zu beteiligen, soll zu einer Vereinbarung eines zuverlässig verifizierbaren und umfassenden nuklearen Teststopps über die Bestimmungen des begrenzten Teststoppvertrages von 1963 führen.

Sie sollte möglichst im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz angestrebt werden.

Ablehnung mit Mehrheit im Ausschuß;
Annahme eines Änderungsantrags mit Mehrheit

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag — Drucksache 11/5032 — in der von den Abgeordneten Dr. Scheer, Bahr, Fuchs (Verl), Horn, Gansel . . . Dr. Vogel und der Fraktion der SPD vorgelegten Fassung abzulehnen, dem Votum der Mehrheit des Verteidigungsausschusses in dem neuformulierten und dem Auswärtigen Ausschuß zur Annahme empfohlenen Textes zuzustimmen:

„Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich weiterhin für die Vereinbarung eines zuverlässig verifizierbaren und umfassenden nuklearen Teststopps im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzusetzen.

Der Deutsche Bundestag stellt mit Befriedigung fest, daß auch auf diesem Felde eine schrittweise Annäherung der Standpunkte zwischen den USA und der Sowjetunion stattgefunden hat. Damit findet die Politik der Bundesregierung, wie sie unter anderem in der „Gemeinsamen Erklärung" von Generalsekretär Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl vom 13. Juni dieses Jahres Ausdruck gefunden hat, ihre Bestätigung. Das gilt vor allem für die grundsätzliche Einigung der Außenminister der Sowjetunion und der USA in Wyoming über die Vor-Ort-Verifikation der beiden sogenannten Schwellenverträge über Beschränkung von Nukleartests von 1974 und 1976.

Der Deutsche Bundestag erwartet von den USA und der Sowjetunion eine zügige Fertigstellung der Verifikationsprotokolle zu diesen Verträgen, damit diese bald ratifiziert werden können.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre engagierte Mitwirkung bei den Genfer Verhandlungen durch Beiträge für die Überprüfung eines umfassenden Teststopps fortzusetzen."

Bonn, den 17. Juli 1990

Der Auswärtige Ausschuß

Dr. Stercken	**Lummer**	**Dr. Scheer**	**Irmer**	**Dr. Lippelt (Hannover)**
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Lummer, Dr. Scheer, Irmer und Dr. Lippelt (Hannover)

Der Antrag — Drucksache 11/5032 — wurde nach einer Aussprache in der 162. Sitzung am 29. September 1989 dem Auswärtigen Ausschuß federführend sowie zur Mitberatung an den Verteidigungsausschuß und den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit überwiesen.

Der Verteidigungsausschuß hat den Antrag am 6. Dezember 1989 beraten. Ihm ist nachstehender Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen vorgelegt worden: „Einstellung aller Atomwaffenversuche

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich weiterhin für die Vereinbarung eines zuverlässig verifizierbaren und umfassenden nuklearen Teststopps im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzusetzen.

Der Deutsche Bundestag stellt mit Befriedigung fest, daß auch auf diesem Felde eine schrittweise Annäherung der Standpunkte zwischen den USA und der Sowjetunion stattgefunden hat. Damit findet die Politik der Bundesregierung, wie sie unter anderem in der „Gemeinsamen Erklärung" von Generalsekretär Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl vom 13. Juni dieses Jahres Ausdruck gefunden hat, ihre Bestätigung. Das gilt vor allem für die grundsätzliche Einigung der Außenminister der Sowjetunion und der USA in Wyoming über die Vor-Ort-Verifikation der beiden sogenannten Schwellenverträge über Beschränkung von Nukleartests von 1974 und 1976.

Der Deutsche Bundestag erwartet von den USA und der Sowjetunion eine zügige Fertigstellung der Verifikationsprotokolle zu diesen Verträgen, damit diese bald ratifiziert werden können.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, ihre engagierte Mitwirkung bei den Genfer Verhandlungen durch Beiträge für die Überprüfung eines umfassenden Teststopps fortzusetzen."

In der Fassung dieses Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen hat der Verteidigungsausschuß mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und der FDP bei Ablehnung durch die Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN dem Antrag zugestimmt.

Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat in seiner 74. Sitzung am 7. März 1990 mehrheitlich beschlossen, den Antrag — Drucksache 11/5032 — abzulehnen; einstimmig unterstützt er jedoch die in der von Staats- und Parteichef Gorbatschow und Bundeskanzler Kohl am 13. Juni 1989 in Bonn unterzeichneten „Gemeinsamen Erklärung" enthaltene Aussage:

„Die Bundesrepublik Deutschland und die Sowjetunion treten ein für ... die Vereinbarung eines zuverlässig verifizierbaren nuklearen Teststopps im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Bei den laufenden Gesprächen zwischen den USA und der Sowjetunion ist ein schrittweises Herangehen an dieses Ziel wünschenswert."

Der federführende Auswärtige Ausschuß hat den Antrag — Drucksache 11/5032 — in seiner 68. Sitzung am 9. Mai 1990 unter Berücksichtigung der Voten der mitberatenden Ausschüsse beraten. Mit der Mehrheit der Stimmen der Koalitionsfraktionen CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN hat er den Antrag in der von der Fraktion der SPD vorgelegten Fassung abgelehnt.

Dem Text der vom Verteidigungsausschuß übermittelten Empfehlung als einen neuen Antrag hat der Auswärtige Ausschuß mit der Mehrheit der Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion DIE GRÜNEN zugestimmt und empfiehlt ihn dem Deutschen Bundestag zur Beschlußfassung.

Bonn, den 17. Juli 1990

Lummer **Dr. Scheer** **Irmer** **Dr. Lippelt (Hannover)**

Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 5300 Bonn
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon 02 28/36 35 51, Telefax 02 28/36 12 75
ISSN 0722-8333